

Justizsenatorin Gisela von der Aue begrüßt Gründung des „Berliner Arbeitskreises für Staat und Islam in Deutschland“ der Freien Universität Berlin

Der Vizepräsident des Amtsgerichts Tiergarten, Prof. Dr. Dr. Peter Scholz, hat in seiner Eigenschaft als Honorarprofessor des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin den „Berliner Arbeitskreis für Staat und Islam in Deutschland“ ins Leben gerufen. Ziel des Arbeitskreises ist es, rechtliche und rechtskulturelle Probleme mit Bezügen zum Islam, die in Justiz und Verwaltung auftreten, unter besonderer Berücksichtigung der staatlichen Binnensicht sachgerecht aufzubereiten und mögliche Lösungen anzubieten.

Justizsenatorin Gisela von der Aue begrüßt die Gründung des Arbeitskreises: „Angesichts der in der Öffentlichkeit oftmals diffusen, zu undifferenziert und zu emotional geführten Diskussion ist es an der Zeit, die gerade für Berlin so wichtige Thematik mit Besonnenheit und Sachkompetenz anzugehen.“

Mit Prof. Dr. Dr. Scholz wird der Arbeitskreis von einem Juristen geleitet, der zudem über eine abgeschlossene islamwissenschaftliche Ausbildung verfügt. Prof. Dr. Dr. Scholz ist besonders bestrebt, religiöse Aspekte von weltanschaulichen, kulturellen und sozialen Gesichtspunkten abzuschichten, da viele in der Öffentlichkeit dem Islam zugeschriebene Probleme mit der Religion des Islam nichts oder wenig zu tun haben.

In themenbezogenen Arbeitsgruppen wird der Arbeitskreis zahlreiche rechtliche Fragen analysieren, so z. B. die Religionsausübung in öffentlich-rechtlichen Anstalten, die Wirksamkeit vertragsrechtlicher Islamklauseln und Schwierigkeiten interreligiöser Ehen und Erbfälle. Auch rechtskulturelle Probleme, die sich aus religiösen Überzeugungen, kulturellen Gebräuchen und patriarchalischen Sozialstrukturen im Verwaltungshandeln, in der Strafverfolgung, im Gerichtsverfahren und im Justizvollzug ergeben, sollen untersucht werden. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sollen in ein bis zwei Jahren in Form von Thesenpapieren vorliegen.

Gisela von der Aue: „Die Ergebnisse des Arbeitskreises sind besonders für den Bereich der Justiz von großem Interesse. Daher unterstütze ich gemeinsam mit vielen anderen Justizbehörden und Gerichten das Projekt.“